

## Niederschrift

### zum öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 11.09.2013  
**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 19:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Carl-Schroeder-Saal  
Carl-Schroeder-Str. 10, 99706 Sondershausen

**Anwesenheit:** 40 + Landrätin = 87,23 %  
**Entschuldigt:** 6  
**Unentschuldigt:** 0

Die Beschlussfähigkeit des Kreistages war somit gegeben.

#### Anwesend sind:

##### Vorsitzende

Hochwind, Antje Landrätin

##### 1. Kreisbeigeordneter

Häßler, Holger

##### Mandatsträger

Baumann, Uwe  
Blume, Barbara  
Blümel, Torsten  
Engel, Adalbert  
Enke, Norbert  
Esser, Jörg  
Gehlhaar, Thomas  
Groppe, Andreas  
Haas, Marion  
Herzog, Steffen  
Holbe, Gudrun  
Karnstedt, Bernd

bis 19:05 Uhr

ab 16:10 Uhr bis 19:05 Uhr

Koenen, Wolfgang	bis 19:05 Uhr
Koschinek, Jens	bis 19:05 Uhr
Kraffzick, Cornelia	
Liegner, Petra	bis 19:05 Uhr
Mehle, Klaus	
Meißner, Gerhard	
Morgan, Heidrun	bis 19:05 Uhr
Panitzsch, Susann	bis 19:05 Uhr
Pfefferlein, Babett	
Reiber, Bernd	bis 19:05 Uhr
Reiber, Rolf-Dieter	bis 19:05 Uhr
Ringleb, Karl-Josef	
Ritzke, Beatrice	
Rößner, Sigrid	
Sauerbier, Jochen	bis 19:05 Uhr
Sauerbier, Steffen	bis 19:05 Uhr
Scheerschmidt, Rainer	
Scheja, Raimund	
Schlufter, Uwe	
Schmidt, Winfried	
Selle, Johannes	
Steinmetz, Joachim	
Steinmetz, Jörg	bis 19:05 Uhr
Strickrodt, Dietmar	
Taube, Patrick	
Vogt, Uwe	
Weber, Patrick	
Willomitzer, Wilhelm	

**Verwaltungsmitarbeiter**

Deichstetter, Matthias  
Lippold, Uwe  
Räuber, Andreas Dr.  
Teichmüller, Marina  
Thiele, Heinz-Ulrich Dr.

**Es fehlen:**

**Mandatsträger**

Göllert, Maik	entschuldigt
Hunger, Henry	entschuldigt
Kreyer, Joachim	entschuldigt
Links, Andreas	entschuldigt
Müller, Erika	entschuldigt
Strejc, Matthias	entschuldigt

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschlussfassung zur öffentlichen Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der 17. Sitzung des Kreistages vom 03.07.2013
4. Bericht der Landrätin
5. Beschluss zur Fortschreibung der Schulnetzplanung im Kyffhäuserkreis für die Jahre 2013 bis 2018  
Vorlage: 2013/5/068
6. Beschluss zum Betrieb der Zentralen Leitstelle der Landkreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis  
Vorlage: 2013/5/073
7. Anfragen

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP: 1**

#### **Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Frau Hochwind eröffnet die 18. Sitzung des Kreistages und begrüßt alle Anwesenden.

Von den 46 Kreistagsmitgliedern sind zu Sitzungsbeginn 39 + Landrätin anwesend  
= 85,11 %

Der Kreistag ist somit beschlussfähig.

### **TOP: 2**

#### **Beschlussfassung zur öffentlichen Tagesordnung**

Frau Hochwind stellt fest, dass die Einladung mit der Tagesordnung allen Mitgliedern frist- und formgerecht zugegangen ist.

Ergänzungen/ Änderungsanträge zur Tagesordnung: keine

#### **Beschluss:**

Die Kreistagsmitglieder stimmen der Tagesordnung zu.

#### **Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit**

Zustimmung: 39      Ablehnung: 0      Enthaltung: 1      Befangen: 0

### **TOP: 3**

#### **Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der 17. Sitzung des Kreistages vom 03.07.2013**

Die Niederschrift der 17. Kreistagssitzung ist allen Mitgliedern zugegangen. Sie lag im Kreistagsbüro öffentlich aus. Es gab keine Einwände.

Änderungsanträge: keine

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift der öffentlichen 17. Kreistagssitzung vom 03.07.2013 ist somit genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit**

Zustimmung: 38      Ablehnung: 0      Enthaltung: 2      Befangen: 0

## TOP: 4

### Bericht der Landrätin

16:10 Uhr Frau Holbe kommt zur Sitzung hinzu.

Frau Hochwind gibt anschließend in ihrem Bericht aktuelle Informationen aus den einzelnen Fachbereichen der Kreisverwaltung. Schwerpunkte sind u.a. der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wende, die Projektarbeiten im Landkreis, Leistungen aus dem Gesundheitsamt, der Denkmalstag, die Berufsinfotage etc.

Sie beantwortet weiterhin in ihrem Bericht die im letzten Kreistag gestellten Fragen von Herrn Scheerschmidt, Herrn Sauerbier und Herrn Ringleb.

Weiterhin sprach sie nochmals großen Dank an alle Einsatzkräfte bei den Hochwassereinsätzen in diesem Jahr aus.

Am Ende ihres Berichts erinnerte Sie an die Anschläge in New York und Washington vor genau 12 Jahren. Im Anschluss daran bat die Landrätin alle Anwesenden eine Schweigeminute für die Opfer abzuhalten.

Der Bericht kann im Kreistagbüro eingesehen werden. Außerdem ist die Rede in der Ratsinfo hinterlegt.

Anfragen zum Bericht: keine

(Während der Rede durften die Kinder ihre Plakate in der Mitte des Raumes ablegen.)

## TOP: 5

### Beschluss zur Fortschreibung der Schulnetzplanung im Kyffhäuserkreis für die Jahre 2013 bis 2018

**Vorlage: 2013/5/068**

**Frau Hochwind** führt in die Thematik ein. Sie teilt die Abstimmungsergebnisse der jeweiligen vorbereitenden Ausschüsse mit. Sie informiert über die weitere Verfahrensweise.

Am 28.08.2013 reichte die CDU-Fraktion im Kreisausschuss einen Änderungsantrag zur bestehenden Fassung der Schulnetzplanung ein. Gemäß § 9 Geschäftsordnung (GO) sind Fraktionen dazu berechtigt. Dieser Antrag wurde allen Kreistagsmitgliedern mit der Einladung zugesandt. Laut § 19 Abs. 2 GO ist über diesen Antrag zuerst abzustimmen. Im Nachgang wird der Beschluss zur bestehenden Vorlage gefasst.

**Frau Hochwind** bittet die CDU-Fraktion um Vortrag ihres Änderungsantrages.

**Herr Selle** bringt nun Ausführungen zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Er nimmt Bezug auf die Errichtung von Gemeinschaftsschulen. Ein sofortiger Austausch bzw. die Umsetzung in eine Gemeinschaftsschule ohne Erfahrungen in unserem Landkreis, befürwortet er nicht. Fördermittel sollen auch nicht nur bei Gemeinschaftsschulen fließen. Weiterhin betont er, dass Bildung eines der höchsten Güter ist. Zum einen für die Attraktivität im ländlichen Raum und zum anderen als Identität und Verbundenheit mit der Region. Er sieht in der vorliegenden Schulnetzplanung einen Kahlschlag in der Schullandschaft des Kreises und dies entspricht nicht den Interessen der Eltern.

Die CDU steht für ein flächendeckendes, leistungsorientiertes Schulsystem, mit dem flexibel auf die nicht vorhersehbaren Entwicklungen reagiert werden kann, so Herr Selle. Mit den Schließungen der Grundschulen Keula, Wiehe und Heldringen werden Standortnachteile geschaffen. Der Änderungsvorschlag der CDU sieht u.a. eine gymnasiale Ausbildung in Greußen, Sondershausen, Artern und Bad Frankenhausen vor. Weitere Änderungen werden vorgeschlagen: Greußen – Neubau eines Gebäudes für RS, GS, GYM; Bad Frankenhausen – Haus I des GYM soll generalsaniert werden; Artern – Berufsschule und Schulteil des KYF-GYM in der SBBS Artern => zusammen ist dies eine Investition von 15 Mio. Euro, Fertigstellung begonnener Maßnahmen und Brandschutz kommen hinzu => insgesamt sind dies Kosten von 19,4 Mio. Euro. Es ergeben sich Einsparungen bei den Betriebskosten in der Grundschule und im Gymnasium Greußen. Weiterhin gibt es Kosteneinsparungen an der Grundschule „Am Tischplatt“. Die Kosten für die Sanierung am Haus II GYM in Bad Frankenhausen entfallen ebenfalls. Die Finanzierung des Ganzen kann nicht nur über die Kreisumlage und durch Kreditaufnahme erfolgen. Folgender Finanzierungsvorschlag aus der CDU-Fraktion liegt vor: 1 Mio. Euro/ jährlich zur Tilgung des Kredites soll sich u.a. aus 250 TEuro des Sozialetat und 200 TEuro, die sich nach den Einsparungen aus dem Personalkonzept ergeben und ergeben werden, zusammensetzen. Eine Anpassung der Verwaltung an die sich verändernde Bevölkerung muss erfolgen, so Herr Selle. Bisher wurde es versäumt, dass jährlich eine abgegrenzte Maßnahme vorgesehen wird. Nunmehr soll eine schrittweise Sanierung mithilfe der Schulinvestitionspauschale des Landes und aus Haushaltsmitteln erfolgen. Der Sanierungstau darf nicht zu groß werden, er muss zu bewältigen sein. Abschließend zitiert er Siegmund Gabriel und legt damit die Betonung auf Chancengleichheit unter den Schülern. Er bittet um Zustimmung des Änderungsantrages der CDU-Fraktion.

**Frau Hochwind** bedankt sich für die Ausführungen. Wie im Fall des gemeinsamen Positionspapiers, beauftragte sie die Verwaltung, den Änderungsantrag fachlich zu bewerten. Sie bittet den 1. Kreisbeigeordneten und Schulverwaltungsamtsleiter, Herrn Häßler, um Vortrag der Ergebnisse.

**Herr Häßler** wertet in seinen folgenden Ausführungen, dass es dem CDU-Papier an Schlüssigkeit und Substanz fehlte. Zunächst erläutert er am Beispiel die festgestellten Mängel in der Reflexion der Schulgesetzgebung. Die Bewertung der Gemeinschaftsschule verlief nicht korrekt, so auch die Bewertung der räumlichen Unterbringung der gymnasialen Oberstufe des Schulteils Greußen und des Scholl-Gymnasiums. Des Weiteren ist der Finanzierungsvorschlag der CDU kein realistischer Investitionsvorschlag. So soll die schrittweise Sanierung von 6 Grundschulen mit Hilfe der Schulinvestitionspauschale finanziert werden. Mit der Summe 2013 von rd. 570 TEURO und fallender Tendenz, würden etwa 26,5 Jahre benötigt, um alle Standorte in gleicher Weise zu ertüchtigen. In diesem Zeitraum sind jedoch auch weitere Investitionsaufwendungen an anderen Schulen zu erwarten. Dabei ist zu erkennen, dass es dem Änderungsantrag an Plausibilität fehlt, so Herr Häßler. Ein weiterer Kritikpunkt sieht er bzw. die Verwaltung in der Nachhaltigkeit des vorliegenden Entwurfes/ Antrages. So wurde der demografische Wandel, also die zu erwartenden zurückgehenden Schülerzahlen nicht berücksichtigt. Der Schulbetrieb wäre damit nicht an allen Schulen abgesichert.

Fazit der Verwaltung: Der Änderungsantrag der CDU ist aus pädagogischen, schulorganisatorischen, finanziellen, sowie aus Gründen mangelnder Berücksichtigung der demografischen Entwicklung und der Missachtung des Nachhaltigkeitsgebotes abzulehnen. Er lässt Defizite in der Kenntnis der schulgesetzgeberischen Rahmenbedingungen erkennen. Aus Sicht der Verwaltung ist dies keine Basis für ein modernes, leistungsfähiges und nachhaltiges Schulnetz.

Diskussion:

**Herr Weber** stimmt im Namen der NPD dem Änderungsantrag der CDU zu. Er ist für den Erhalt der Schulen.

**Herr Esser** ist gespaltener Meinung. Er wird sich der Stimme enthalten. Er ist jedoch gegen den Änderungsantrag der CDU, da dieser keinen realistischen Finanzierungsplan vorsieht. Auch das Thema Gemeinschaftsschule wird dabei nicht richtig berücksichtigt. Er sieht in Gemeinschaftsschulen bessere Möglichkeiten der Ausbildung. Auf Nachfrage Herrn Essers, wo die Quelle der von der CDU genannten zusätzlichen Einnahme zur Rückzahlung in Höhe von 250.000 Euro liegt, erhielt er im Kreistag seitens der CDU keine Antwort.

**Herr Vogt** verliest einen Brief der Schülerelternsprecher der Schule Greußen. Es handelt sich dabei um eine Gegendarstellung zu einem Zeitungsartikel (anonymer Verfasser) aus der Thüringer Allgemeinen (vom 10.09.2013) "Wie sieht die Zukunft der Schüler des Greußener Gymnasiums aus?". Bereits 2011 liefen Beratungen in der Schulkonferenz zu den verschiedenen Schulformen, heißt es in dem Brief. Es wird betont, dass keinerlei Einfluss durch die SPD auf die Meinungsbildung der Eltern genommen wurde. Das Votum der Schulelternsprecher für eine Gemeinschaftsschule beruht ausschließlich auf Umfragen und Abstimmungsergebnissen der Eltern.

Im Anschluss beantragt **Herr Scheerschmidt** den Abschluss der Diskussion und gleichzeitig die namentliche Abstimmung (§ 19(6) Geschäftsordnung) über den Änderungsantrag der CDU.

Ende Diskussion: Ja: 36 Nein: 5 Enthaltung: 0

Namentliche Abstimmung: Ja: 41 Nein: 0 Enthaltung: 0

Abstimmung zum Änderungsantrag der CDU:

Landrätin, Antje Hochwind: Nein

SPD/ GRÜNE:	Pfefferlein, B.	Nein	Sauerbier, Steffen	Nein
	Vogt, U.	Nein	Steinmetz, Joachim	Nein
	Reiber, Bernd	Nein	Meißner, Gerhard	Nein
	Gehlhaar, T.	Nein	Esser, J.	Nein
	Kraffzick, C.	Nein	Mehle, K.	Nein

DIE LINKE:	Strickrodt, D.	Nein	Reiber, Rolf-Dieter	Nein
	Ritzke, B.	Nein	Haas, M.	Nein
	Engel, A.	Nein	Rößner, S.	Nein
	Blume, B.	Nein	Schmidt, W.	Nein
	Koschinek, J.	Nein	Koenen, W.	Nein
	Blümel, T.	Nein		

CDU:	Steinmetz, Jörg	Ja	Holbe, G.	Ja
	Liegner, P.	Ja	Scheja, R.	Ja
	Enke, N.	Ja	Ringleb, K.-J.	Ja
	Willomitzer, W.	Ja	Panitzsch, S.	Ja
	Selle, J.	Ja	Schlufte, U.	Ja
	Taube, P.	Ja	Baumann, U.	Ja
	Groppe, A.	Enthaltung		

FDP:	Morgan, H.	Enthaltung	Karnstedt, B.	Nein
	Sauerbier, Jochen	Nein		

VIBT:	Scheerschmidt, R.	Nein			
NPD:	Weber, P.	Ja	Herzog, S.	Ja	
Ja:	14	Nein:	25	Enthaltung:	2

Der Änderungsantrag der CDU wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

**Frau Hochwind** fährt mit der Vorlage 2013/5/068 zum Entwurf der Schulnetzplanung fort. Sie bringt zunächst einige Eckdaten an, die die Veränderungen in den Schülerzahlen, Schullastenausgleich und der Schulinvestitionspauschale von 2007 und 2012 als Vergleich darstellen. Diese Zahlen sind eher negativ und die Prognosen lassen ähnliches erwarten. Sie berichtet nochmals von den vergangenen Monaten, welche von einer offenen, transparenten, kontroversen und emotionalen Diskussion geprägt waren. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten, die sich an diesem Diskussion- und Beratungsprozess eingebracht haben. Der von der Verwaltung und mit den Fraktionen LINKE und SPD/ GRÜNE abgestimmte Entwurf zur Schulnetzplanung setzt auf Stabilität, Ausgewogenheit, Gerechtigkeit, Finanzierbarkeit und Nachhaltigkeit. Ein nochmaliges Aussetzen oder Verschieben wie 2011 darf nicht erneut geschehen.

#### Diskussion:

**Herr Vogt** bezeichnet den gemeinsam erstellten Vorschlag der Verwaltung, LINKE und SPD/GRÜNE im Gegensatz zu 2011 als fundiert, nachhaltig, finanzierbar und mutig. Damit werden moderne und sichere Lernbedingungen geschaffen.

**Herr Willomitzer** bringt einen kurzfristigen Änderungsantrag gem. § 9 der Geschäftsordnung ein. Er verliest die Begründung. Inhalt des Antrages ist es, die Sachentscheidung zum Grundschulstandort in Folge eines noch ausstehenden Varianten- und Kostenvergleichs zwischen den Standorten Wiehe und Bottendorf aus dem Schulnetzplanentwurf 2013 – 2018 zu streichen und diese Entscheidung auszusetzen.

**Frau Hochwind** schlägt vor, die Rednerliste abzarbeiten und anschließend über diesen Änderungsantrag abzustimmen.

**Frau Holbe** widerspricht Herrn Vogts Aussagen. Sie sieht in dem vorliegenden Entwurf keinen schlüssigen und fundierten Vorschlag. Konsequenz der Finanzierung laut Vorschlag, wird eine Erhöhung der Kreisumlage sein, so Frau Holbe. Sie erwartet alternative Vorschläge der Verwaltung. So sollen alle Fördermöglichkeiten für alle Schulen (z.B. durch energetischen Sanierungsprogramm, Einsatz von Städtebaufördermitteln) ausgeschöpft werden.

**Herr Jörg Steinmetz** sieht in einer möglichen Beschlussfassung des Vorschlages ein „Armutzeugnis“ für den Kyffhäuserkreis. Enorme Fahrtstrecken werden den Kleinsten zugemutet, wie in Nachbarkreise, nach Menteroda. Der Kreis hat eine Obhutspflicht für die Kinder. Es gibt die Kooperationsvereinbarung mit dem Unstrut-Hainich-Kreis, dass Schüler nach Menteroda fahren. So könnten auch Grundschüler von Menteroda in Keula eingeschult werden, Kapazitäten sind vorhanden. Aber dieser Kreis erhält seine Schulen. Damit wird eine kreisfremde Gemeinde gestärkt. Der Kyffhäuserkreis entzieht sich seiner Verantwortung, da er zur Aufgabenerfüllung der Kommunen da ist, so Herr Steinmetz. Bedingt durch die Refinanzierung wird die Zahlung der Kreisumlage höher sein, als die zu erwartenden Schlüsselzuweisungen für die Gemeinde Helbedündorf, betont Herr Steinmetz.

**Herr Esser** bekräftigte, dass er dem vorliegenden Vorschlag nicht zustimmen kann, da er persönlich stark mit der Grundschule Keula verbunden ist. Besondere Betonung legt er auf die Vergangenheit, in der bereits Investitionsmaßnahmen an den Schulen des Kreises erfolgen hätten müssen. „Unbequeme“ Entscheidungen wurden bisher nie getroffen, so Herr Esser. Er schließt mit einem Zitat Albert Einsteins ab: „Die reinste Form des Wahnsinns ist, alles beim Alten zu belassen und zu hoffen, dass sich etwas ändert.“

**Herr Blümel** appelliert, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen, da es zum Investitionsstau kommt. Er versteht die Proteste und kann den Unmut einiger anwesenden Schüler und Eltern nachvollziehen. Es gibt keine Entscheidung, die alle zufrieden stellt. Die Fortschreibung der Schulnetzplanung wurde in der Vergangenheit vernachlässigt.

Bei der diesjährigen Erarbeitung der Schulnetzplanung hat die Fraktion DIE LINKE zuerst mit der CDU gesprochen und erst danach mit der SPD/ GRÜNE, betont er nochmals. Zum Thema Kreisumlage ergänzt Herr Blümel, dass keine Erhöhung geplant ist. Weiterhin informiert er, dass die CDU bereits 2007 die Grundschule Keula schließen wollte. Er hätte sich von der CDU gewünscht, dass sie mit mehr Realismus an die Erarbeitung eines Vorschlages geht. Er bringt dazu Beispiele aus dem Änderungsantrag der CDU an. Weiterhin legt er Argumente für den vorliegenden Entwurf der Schulnetzplanung dar und spricht im Namen der Fraktion, dass sie dem Entwurf zustimmen werden.

**Herr Scheerschmidt** sieht in dem vorliegenden Beschlussvorschlag eine solide und umsetzbare Schulnetzplanung. Er bittet um Zustimmung des Beschlussentwurfes.

**Herr Bernd Reiber** beantragt die Beendigung der Diskussion.

**Herr Steinmetz** möchte nun entsprechend § 13 Geschäftsordnung eine persönliche Richtigstellung abgeben. Die Erstellung der Schulnetzplanung 2007 erfolgte durch die Kreisverwaltung und nicht durch die CDU-Fraktion, wie Herr Blümel sagte.

Es kommt nun zur Abstimmung über die Beendigung der Diskussion.

Ja: 26    Nein: 15    Enthaltung: 0

Der Antrag von Herrn Reiber ist angenommen. Die Diskussion wird damit beendet.

Es erfolgt nun die Beschlussfassung:

Zunächst der Antrag von **Herrn Willomitzer**:

Die genannte Sachentscheidung zum Schulstandort Wiehe soll aus dem Schulnetzplanentwurf 2013-2018 gestrichen werden und die Entscheidung soll ausgesetzt werden.

Ja: 16    Nein: 23    Enthaltung: 1

**Frau Holbe** stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung bei der Vorlage 2013/5/068:

Mindestens 12 Mitglieder müssen dem Antrag folgen.

Ja: 40    Nein: 0    Enthaltung: 0

Es erfolgt die namentliche Abstimmung.

Frau Hochwind stellt nun die Vorlage zur Beschlussfassung.

Landrätin, Antje Hochwind:		Ja		
SPD/ GRÜNE:	Pfefferlein, B.	Ja	Sauerbier, Steffen	Ja
	Vogt, U.	Ja	Steinmetz, Joachim	Ja
	Reiber, Bernd	Ja	Meißner, Gerhard	Ja
	Gehlhaar, T.	Ja	Esser, J.	Enthaltung
	Kraffzick, C.	Ja	Mehle, K.	Ja
DIE LINKE:	Strickrodt, D.	Ja	Reiber, Rolf-Dieter	Ja
	Ritzke, B.	Ja	Haas, M.	Ja
	Engel, A.	Ja	Rößner, S.	Ja
	Blume, B.	Enthaltung	Schmidt, W.	Ja
	Koschinek, J.	Ja	Koenen, W.	Ja
	Blümel, T.	Ja		
CDU:	Steinmetz, Jörg	Nein	Holbe, G.	Nein
	Liegner, P.	Nein	Scheja, R.	Nein
	Enke, N.	Nein	Ringleb, K.-J.	Nein
	Willomitzer, W.	Nein	Panitzsch, S.	Nein
	Selle, J.	Nein	Schlufte, U.	Nein
	Taube, P.	Nein	Baumann, U.	Nein
	Groppe, A.	Nein		
FDP:	Morgan, H.	Nein	Karnstedt, B.	Ja
	Sauerbier, Jochen	Ja		
VIBT:	Scheerschmidt, R.	Ja		
NPD:	Weber, P.	Nein	Herzog, S.	Nein

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt die Fortschreibung der Schulnetzplanung im Kyffhäuserkreis für die Jahre 2013 bis 2018 gemäß des aktuell vorliegenden Entwurfs.

**Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit**

Zustimmung: 23      Ablehnung: 16      Enthaltung: 2      Befangen: 0

Im Anschluss erfolgt eine kurze Pause, 19:05 Uhr.

**TOP: 6**

**Beschluss zum Betrieb der Zentralen Leitstelle der Landkreise Nordhausen und Kyffhäuserkreis  
Vorlage: 2013/5/073**

19:20 Uhr die Sitzung wird fortgesetzt.

Folgende Kreistagsmitglieder sind nicht mehr anwesend:

Herr Koschinek, Herr Koenen, Herr Reiber, B., Herr Reiber, R.-D., Herr Steinmetz, Jörg, Frau Holbe, Frau Liegner, Frau Panitzsch, Herr Groppe, Frau Morgan, Herr Sauerbier, Jochen, Herr Sauerbier, Steffen

29 einschließlich der Landrätin sind noch anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit noch gegeben.

**Frau Hochwind** kommt nun zur Vorlage 2013/5/073.

Sie erläutert den Sachverhalt. Seit 2010 besteht eine Kooperationsvereinbarung mit dem Landkreis Nordhausen. Nunmehr verstärkt sich das Problem des Personals. Bereits jetzt arbeiten Mitarbeiter aus Nordhausen in unserer Leitstelle. Sie informiert über die jeweils

einstimmige Beratung im Haushalts- und Prüfungsausschuss und Kreisausschuss. Fördermittel sollen gemeinsam beim Land beantragt werden. Diese dienen der kommunalen Zusammenarbeit. Vorbehaltlich der Gremienbeschlüsse ist die Beantragung schon erfolgt (Bescheid steht noch aus). In Nordhausen erfolgt der Beschluss zur zentralen Leitstelle Ende September. Ab 01.10.13 gilt die Zweckvereinbarung. Nach einem Jahr soll der Standort der Leitstelle in Nordhausen sein. Die Technik in Sondershausen bleibt bestehen. Die Zustimmungen des Personalrats sowie der betroffenen Mitarbeiter zum Personalübergang liegen vor.

Es gibt keine Anfragen oder Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, die Landrätin zu beauftragen, die Zweckvereinbarung zum Betrieb der Zentralen Leitstelle Landkreis Nordhausen und Kyffhäuserkreis abzuschließen.

#### **Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit**

Zustimmung: 26      Ablehnung: 0      Enthaltung: 2      Befangen: 0

#### **TOP: 7**

#### **Anfragen**

**Frau Hochwind** informiert, dass schriftliche Anfragen der Verwaltung nicht vorliegen.

**Herr Herzog** stellt Anfragen zur Unterbringung von Rumänen in Seega.

**Frau Hochwind** bittet ihn, die Anfragen schriftlich an die Verwaltung zu stellen. Er erhält dann Antwort.

**Herr Ringleb** erkundigt sich nach einer 30er-Zone in Bad Frankenhausen. Wurde diese dem Landratsamt angezeigt und dann genehmigt?

**Herr Häßler** bestätigt, dass es eines Antrages von Bad Frankenhausen an das Landratsamt bedarf. Es erfolgt dann eine verkehrsrechtliche Anordnung. Erst dann dürfen Verkehrszeichen aufgestellt werden. Er nimmt die Frage mit in die Verwaltung. Es erfolgt schriftliche Beantwortung.

Es gibt keine weiteren Anfragen. Frau Hochwind schließt den öffentlichen Teil des Kreistages um 19:30 Uhr.

Landrätin Hochwind  
Vorsitzende des Kreistages

F. d. R. d. Niederschrift  
Ulrike Schilling